



Migration und „Entwicklung“: Perspektiven einer migrationsgerechten Eine Welt-Arbeit

working paper des agl – Fachforums
„Migration, Diaspora und Entwicklung“

Impressum

- Autor*innen:** Fachforum „Migration, Diaspora und Entwicklung“
- Herausgeber*in:** agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V., Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, www.agl-einewelt.de
- Erscheinungsdatum:** August 2018
- Kontakt:** Jeasuthan Nageswaran
Bundeskoordination „Migration, Diaspora und Entwicklung“
Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. (agl)
bundeskoordination-mde@agl-einewelt.de

gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Zusammenfassung

Migration und „Entwicklung“: Zwei Schlagworte, die seit geraumer Zeit unzertrennbar zusammengehören. Man könnte sogar meinen, dass dieses prominente Begriffspaar im entwicklungspolitischen Diskurs seit fast mehr als einer Dekade eine gewisse Renaissance erlebt. Dabei ist auffällig, wie sehr die Debatten von einem umstrittenen Verständnis von „Entwicklung“ und einem einseitig problemorientierten Blick auf Migration geprägt sind. Wir können in der Eine Welt-Arbeit derzeit noch nicht von einem gemeinsamen Verständnis von Migration ausgehen.

Der nachfolgende Beitrag leistet in einem ersten Schritt einen Überblick über wichtige Konzepte mit dem Ziel, diese auf die Eine Welt-Arbeit zu beziehen. Das Fachforum „Migration, Diaspora und Entwicklung“ möchte damit dazu einladen, Entwicklungspolitik und Migration jenseits ideologisch aufgeladener Denkmuster im Sinne einer global gerechten Gesamtverantwortung zusammen zu denken, das Verständnis von Migration als soziale Transformation zu fördern und vor diesem Hintergrund die Diskussion in Bezug auf die Eine Welt-Arbeit fortzuführen.

Der Beitrag findet Abschluss in Hinweisen und Empfehlungen für die zivilgesellschaftliche Eine Welt-Arbeit in Deutschland. Denn gerechte Entwicklungspolitik bedeutet, globalen Herausforderungen bereits in lokalen Kontexten zu begegnen. In diesem Sinne spiegelt dieses *working paper* auf theoretischer wie auch auf einer praktischen Ebene die wesentlichen Stränge der Debatten und Diskurse aus Sicht des agl-Fachforums „Migration, Diaspora und Entwicklung“ wider und ist zugleich als Einladung zu verstehen, die offenen Diskussionsprozesse gemeinsam auszugestalten und weitere praktische Schlussfolgerungen für die gemeinsame Arbeit zu erarbeiten.

Inhalt

| | |
|---|----|
| Migration und „Entwicklung“ _____ | 2 |
| Migration als soziale Wirklichkeit _____ | 3 |
| (Neo-)koloniale Kontinuitäten _____ | 5 |
| Das Verhältnis von Migration & „Entwicklung“ _____ | 8 |
| Deutschland ein „Entwicklungsland“ _____ | 10 |
| Eine Welt der vielen Welten _____ | 12 |
| Handlungsorientierungen: Impulse für die Praxis _____ | 18 |
| Die Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland _____ | 22 |
| Über die agl _____ | 23 |

Migration und „Entwicklung“: Ein viel umkämpftes Feld

Das Feld rund um Migration und „Entwicklung“¹ ist ein vielschichtiges und zudem noch ein viel umkämpftes. Das Tun und Wirken entwicklungs- und migrationspolitischer Akteur*innen in Politik und Zivilgesellschaft - seien es Migrant*innenselbstorganisationen (MSO)², weiß-deutsche Nichtregierungsorganisationen, Regierungen oder internationale Organisationen - bewegt sich auf einem Terrain, das von stetigen Aushandlungsprozessen und umstrittenen Diskursen im Themenfeld von Migration und „Entwicklung“ bestimmt ist.

Lange Zeit war dabei der Diskurs um Migration und „Entwicklung“ entweder von einem mahnenden Blick auf die Herausforderungen für Herkunftsgesellschaften (z.B. *brain drain*) bzw. dem Fokus auf die positiven Effekte in Zielgesellschaften (z.B. *brain gain*) geprägt. Vorstellungen, die verkürzt in Überlegungen wie „Weniger Entwicklung führt zu mehr Migration“ oder „Mehr Entwicklung reduziert Migration“ zum Ausdruck kamen, reproduzierten einfache und scheinbar *neue* Sichtweisen auf ein komplexes Phänomen.

Heute wissen wir, dass die Zusammenhänge zwischen Migration und „Entwicklung“ differenzierter sind.

Migrant*innenselbstorganisationen

Eine einheitliche Definition darüber, was als *Migrant*innenselbstorganisation* (MSO), *Migrantisch-Diasporische Organisation* (MDO) oder *Migrantische Organisation* (MO) zu verstehen ist, gibt es nicht. MSO können als Organisationen verstanden werden, die Initiativen, Vereine und Verbände abbilden, die mehrheitlich von Menschen mit Migrationsgeschichte und -erfahrungen initiiert, organisiert und repräsentiert werden. Sie können in ihrer thematischen Ausrichtung sowie ihren politischen Zielsetzungen sehr heterogen ausgestaltet sein. Sie können in transkulturellen Kontexten tätig (z.B. MO) oder in entwicklungspolitischen Bereichen aktiv sein (z.B. MDO).

¹ Der Begriff „Entwicklung“ wird hinsichtlich seiner sozio-historischen und in vielerlei Hinsicht problematischen Konstruiertheit im nachfolgenden Beitrag stets in Anführungszeichen verwendet.

² Der nachfolgende Beitrag verwendet den Begriff der *Migrant*innenselbstorganisation* als Oberbegriff, wobei der Selbstorganisation, Selbstbezeichnung und Selbstermächtigung eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Vgl. dazu mehr unter Muriel, Lucía (2014): Eine Welt aus einem Guss? Über das Verhältnis von Eine-Welt-Organisationen und migrantischen Organisationen in der Eine-Welt-Arbeit. Ein analytischer Kommentar. Berlin. S. 40.

Einfache Erklärungsmodelle können den multikausalen Realitäten nicht gerecht werden. Mutmaßlich *neue* entwicklungspolitische Trends sollten aufhorchen lassen. Nicht selten können sie, wenn sie unhinterfragt reproduziert werden, (neo-)koloniale Denkmuster und Praktiken der Exklusion weiter aufrechterhalten.

Bevor darauf näher eingegangen wird, scheint es jedoch sinnvoll, sich dem Komplex um Migration und „Entwicklung“ in einer begrifflichen Vertiefung zu nähern. Dazu werden die dem Nexus innewohnenden zentralen Begriffe in wesentlichen Zügen herausgearbeitet und anschließend die wichtigsten Etappen des politischen Diskurses um Migration und „Entwicklung“ nachgezeichnet sowie vor globalen und lokalen Zusammenhängen kontextualisiert. Das Diskussionspapier findet seinen Abschluss in den Überlegungen für eine praktische zivilgesellschaftliche Eine Welt-Arbeit, die den Lebensrealitäten der Migrationsgesellschaft in Deutschland und den zentralen Fragen nach *Partizipation*, *Diversität* und *sozialer Inklusion* gerecht wird.

Migration als soziale Wirklichkeit: Die Migrationsgesellschaft

Migration(en) sind zunächst einmal allgemein gesprochen Wanderungsbewegungen von Menschen, die dauerhaft oder für eine bestimmte Zeit ihren Lebensmittelpunkt verlagern. Dies kann grenzüberschreitend geschehen, dann sprechen wir von transnationaler Migration, oder innerhalb eines Staates, dann reden wir von Binnenmigration.

Migrationsgesellschaft

Der Begriff der *Migrationsgesellschaft* verweist auf die soziale und historische Wirklichkeit von Migration in Gesellschaften zu allen Zeiten hin. Im Gegensatz zu der Bezeichnung *Einwanderungsgesellschaft*, die mit Einwanderung einen speziellen Aspekt beleuchtet, erlaubt es der Begriff der *Migrationsgesellschaft* ein erweitertes Verständnis von Migration zu schaffen. Er ermöglicht es zudem, die Mechanismen von Zugehörigkeit und Ausschluss oder die Konstruktion von „Wir“ und „Anderen“ näher zu bestimmen.

Migration kann verschiedene Formen annehmen und ist multidirektional. Dabei können die Beweggründe für Wanderungsprozesse sehr vielschichtig sein, auch ihre Begleitumstände sind es. Menschen migrieren, weil sie es *wollen*, *können* oder weil sie *müssen*.

Zahlreiche theoretische und interdisziplinäre Erklärungsmodelle für Migration gibt es bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts. So beleuchten sie unter der Prämisse der räumlichen Mobilität die unterschiedlichsten Gründe für Wanderungsprozesse. Sie analysieren, *warum* Menschen migrieren. Die Frage, warum Menschen *nicht* migrieren, wird hingegen selten gestellt.

In den öffentlichen Diskursen darf nicht vergessen werden, dass Migration zu allen Zeiten ein wesentlicher Bestandteil globaler Geschichte, eben auch europäischer und deutscher Geschichte, war und nach wie vor ist.³ Wanderungsprozesse nach und aus Deutschland nehmen ihre Anfänge nicht erst im Jahr 1949, wie größtenteils angenommen wird. Ebenso wenig markiert das vielzitierte Jahr 2015 den Beginn von Flucht und Vertreibung nach Europa. Deutschland und Europa waren schon *immer* Gebiete von Ein- und Auswanderung. Eine Gegebenheit, die in ihrer Deutlichkeit herausgestellt wird, wenn man sich die Emigrationen im 19. Jahrhundert aus Deutschland in die USA, die pendelartige Arbeitsmigration am Grenzgebiet zu den Niederlanden oder deutsche Geflüchtete und *displaced persons* nach Ende des Zweiten Weltkrieges vor Augen führt. Dennoch, die Überzeugung, dass Migration zu „managen“, kontrollieren oder gar abzuwehren sei, hält sich bis heute hartnäckig. Sie ist gedankliches Erbe kultureller Ausschlusspraxis eines Europas des 20. Jahrhunderts und zugleich Ausdruck dessen, was Mehrheitsgesellschaften mit Bezug auf Migrant*innen als „Fremde“ oder „Ausländer“ und somit als Migrationsandere bis heute fortschreiben.⁴

In der Bundesrepublik von heute steht die längst überfällige Einsicht, eine Migrationsgesellschaft zu sein, noch aus.⁵ In Politik und Gesellschaft wird Migration nach wie vor nicht als die soziale Wirklichkeit wahrgenommen, die sie für alle Gesellschaftsschichten in Deutschland ist. Kennzeichnend dafür ist in hohem Maße die bundesdeutsche Migrationspolitik. In der Überzeugung, dass Migrant*innen vor dem Kontext globaler Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum *gebraucht* werden (z.B. als Pflegekräfte oder IT-Fachkräfte), wird der nutzenorientierte Zugriff auf Migrant*innen im Sinne ihrer „Verwertbarkeit“ ermöglicht und das mit gravierenden Folgen: Die Einteilung von Migrant*innen in „unerwünscht“ und „erwünscht“, versagte

³ Vgl. Castro Varela, María do Mar/Mecheril, Paul (2011): Migration, in: Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster. S. 156.

⁴ Vgl. Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim und Basel. S. 24.

⁵ Vgl. ebd. S. 8.

Partizipation, soziale Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen sind einige davon. Zudem befeuert die zunehmende Verzahnung von Sicherheits- und Migrationspolitiken nationalistische Ressentiments, legitimiert zweifelhafte nation-ethno-kulturelle Grenzregime und zeichnet das Bild von der „Festung Europa“.⁶

Migration bewegt sich insgesamt auf einem widerspruchsvollen Feld zwischen politischen Absichten restriktiver Eindämmung und ihrer Kraft für soziale Transformationen. Das Bewusstsein für Migration als gesellschaftlicher Normalfall ist die Grundvoraussetzung für ein neues Selbstverständnis von der Migrationsgesellschaft Deutschland. Dazu zählt ebenso die Einsicht, dass heute vorherrschende globale Ungleichheiten und die globalen Ursachen für Migration und Flucht ebenso Folgen und historisches Erbe (neo-)kolonialer Konstellationen zwischen Globalem Norden und Globalem Süden sind. Dies zeigt sich nirgendwo deutlicher als im Begriff und im Konzept der „Entwicklung“.

(Neo-)koloniale Kontinuitäten: „Entwicklung“ als fragwürdiges Konzept

Im entwicklungspolitischen Feld kann beobachtet werden, dass bei einer Fülle an Definitionsversuchen darüber, wen man als „Migrant*in“ oder „Diaspora“ verstehen kann, beim Begriff „Entwicklung“ allerdings eine gewisse definitorische Leerstelle klappt.⁷ In Politik und Wissenschaft klingt das Konzept von „Entwicklung“ stets stillschweigend als implizites Wissen mit, aber scheint zugleich in seiner Verwendung selbst mehrdeutig zu sein. Seiner Wortbedeutung nach, so könnte man meinen, hat der Begriff „Entwicklung“ zunächst etwas implizit Positives an sich. Er suggeriert einen gewissen Fortschrittsgedanken, Modernität oder einen wie auch immer gestalteten „Entwicklungsweg“. Im Übertrag auf eine politische Dimension erweist sich eine solche

⁶ Vgl. Castro Varela, María do Mar/Mecheri, Paul (2011): Migration, in: Arndt, Susanne/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster. S. 155.

⁷ vgl. Schwertl, Maria (2015): Wissen, (Selbst)Management, (Re)territorialisierung. Drei Achsen des aktuellen Diskurses um Migration&Entwicklung, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1 (1). S. 6.

Auslegung als höchst problematisch. Denn Sprache ist nie neutrales Mittel zur Beschreibung einer vorurteilsfreien Wirklichkeit, sondern wesentliche Kraft, um gerade eine von Macht bestimmte Wirklichkeit herzustellen.

Aus diesem Verständnis heraus sind die ersten Konzepte von „Entwicklung“ und die damit einhergegangenen Theorien aus dem 18. Jahrhundert gewissermaßen Kinder des aufklärerischen wie auch ökonomischen Zeitgeistes Europas. Die theoretischen Betrachtungen um „Entwicklung“, die anfänglich noch die Phänomene des sozialen Wandels thematisierten, bezogen sich auf Überlegungen zu politischen Interventionen in „westlichen“ kapitalistischen Gesellschaften. Im ausgehenden 20. Jahrhundert findet dann eine entscheidende Diskursverschiebung statt: In der festen Überzeugung, dass man selbst mutmaßlich „entwickelt“, der Rest der Welt dagegen „unterentwickelt“ sei, legitimierten Länder des Globalen Nordens im Namen der „Entwicklung“ Interventionen in Gesellschaften des Globalen Südens.⁸ In ungebrochener kolonialer Kontinuität kam in der von den Ländern des Globalen Nordens gemeinsam koordinierten Entwicklungspolitik in der Nachkriegszeit jener Grundgedanke weiter zum Tragen, der aus der Perspektive der „westlichen Welt“ auf der Einordnung und Hierarchisierung von Gesellschaften nach ihrem Stand der wirtschaftlichen „Entwicklung“ gründete.⁹ Unter fragwürdigen Voraussetzungen wurden „Entwicklungskonzepte“ mit positiven Konnotationen ideologisch aufgeladen und die Grundlagen für die sich bis heute fortschreibenden globalen und sozialen Ungleichheiten gelegt. Die Länder des Globalen Nordens trugen so schließlich dazu bei, durch systematische Ausbeutung und territoriale Expansion die Grundlagen für Armut und globale Abhängigkeiten zu schaffen.¹⁰

An der Entwicklungsforschung, Entwicklungstheorie und der Genese des Entwicklungsbegriffs sind angesprochene Kritiken nicht spurlos vorübergegangen. Zahlreiche konzeptionelle Erneuerungen seit den 1980er Jahren kennzeichnen die entwicklungspolitische Debatte und die Transformation des Entwicklungsbegriffs, die Ausdruck fanden in den Überlegungen der nachhaltigen „Entwicklung“,

⁸ Vgl. Ziai, Aram (2014): Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie, in: ders. (Hg.): Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie. Baden-Baden. S. 12.

⁹ Vgl. Bendix, Daniel (2011): Entwicklung, in: Arndt, Susanne/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster. S. 274.

¹⁰ Vgl. Ha, Kien Nghi (2011): Postkolonialismus, in: Arndt, Susanne/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster. S. 182.

Strukturanpassung, Zivilgesellschaft und Partizipation oder *global governance*. In Verbindung mit historischen Veränderungen haben sie zu einer Transformation des Entwicklungsdiskurses geführt, die jedoch nicht als einheitlich oder als abgeschlossen betrachtet werden kann. Aus Sichtweise der *Post-Development* wird nach wie vor die Notwendigkeit einer weitergehenden Auseinandersetzung mit alternativen Inhalten, Begriffen und progressiven Theorien betont.¹¹ Denn „Entwicklung“ wird nach wie vor als etwas verstanden, das in einigen Gegenden der Welt einfach stattgefunden habe und in anderen nicht.¹² Es sind immer noch vereinfachende und entpolitisierende Narrative vorherrschend, die das Ausbleiben von „Entwicklung“ mit Mangel an Wissen, Kapital oder Technik gleichsetzen. In problematischer Weise werden dabei die Prozesse der „Entwicklung“, die beispielsweise in Europa stattgefunden haben, als Norm gesetzt und das Fehlen jener Prozesse anderswo als Unvollständigkeit erklärt. „Entwicklung“ als gedankliches Relikt spezifischer Werte, Normen und Wissensproduktionen blendet auf einer erkenntnistheoretischen Ebene die Privilegien, Machtasymmetrien und die Prinzipien der Marginalisierung aus. Er blendet ebenso die historische Verwobenheit und die Verantwortungen für globale Ungleichheiten von heute aus.

Berechtigte Zweifel sind angebracht, ob das Ersetzen oder die Verbannung von Begriffen das wirkliche Problem zu lösen vermögen. Vielmehr scheint es sinnvoller zu sein, „Entwicklung“ als Streitbares Konzept seiner Selbstverständlichkeit zu entführen und die Konturen aus verschiedenen Blickwinkeln immer wieder neu zu zeichnen. Dies kann geschehen, indem die Prozesse der Wissensproduktionen über „Andere“, die Repräsentation von Subalternen oder die Macht kolonialer Diskurse auf die Konstruktion von Identitäten stetig aufgedeckt werden. Denn (neo-)koloniale Praktiken, Diskurse und Denkmuster sind samt ihrer bestimmenden Folgen als Kontinuitäten immer noch existent. Dies zeigt sich nicht nur bei dem Begriff und dem Konzept der „Entwicklung“, sondern in zunehmendem Maße ebenso auf politischer Ebene im Diskurs um Migration und „Entwicklung“.

¹¹ Für eine umfassende historische und analytische Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsbegriff vgl. Ziai, Aram (2004): *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik*. insbes.: Kapitel 3.1: Zur Geschichte der Entwicklungstheorie und des Entwicklungsbegriffs. Hamburg, S. 85-123.

¹² Vgl. Ziai, Aram (2014): *Im Westen nichts Neues?* S. 11.

Das Verhältnis von Migration & „Entwicklung“: Das schwingende Pendel

Die Zusammenhänge zwischen Migration und „Entwicklung“ und die politischen Debatten darüber sind, anders als es die Beiträge der letzten Jahre vermuten lassen, keineswegs neu. Vermeintliche „Entdeckungen“ von Migrant*innen als neue entwicklungspolitische Akteur*innen, als „Hoffnungsträger*innen“ zwischen Herkunftsgesellschaften und Zielgesellschaften oder die Diskussionen um Rücküberweisungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Debatten der letzten Jahrzehnte auf gewisse Art und Weise wiederholen.¹³ Im Grunde genommen drehen sich die Themen seit rund 50 Jahren um dieselbe binäre Vorstellung, und zwar, dass Migration eine Folge von fehlender „Entwicklung“ oder dass Migration gerade erst durch „Entwicklung“ möglich sei. Dabei schwang die politische Debatte um Migration und „Entwicklung“ je nach Interessenlage und Wirkungsabsicht wie ein Pendel zwischen schierem Optimismus und knallhartem Pessimismus hin und her.¹⁴

Das Schwingen bzw. der Verlauf der Diskussionen um Migration und „Entwicklung“ kann dabei in drei Phasen geteilt werden. Die erste Phase in den 1950er/1960er Jahren, die als optimistisch gelten kann, betonte im Zuge des Wiederaufbaus die positiven Effekte von Arbeitsmigration und Rücküberweisungen. Daran knüpfte eine zweite pessimistische Phase aus den 1970er/1980er Jahren an, in welcher Migration vor dem Hintergrund von *brain drain* und der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Globalen Südens weitestgehend negativ bewertet wurde. Schließlich zeichnete sich eine dritte Phase ab, in der seit den 1990er Jahren in optimistischer Weise die Idee der „zirkulären Migration“ begrüßt wurde. Es setzte sich die Ansicht durch, dass durch befristete Aufenthalte von Migrant*innen und ihre anschließende Rückkehr in die Herkunftsgesellschaften diese durch *brain gain* profitierten.¹⁵

¹³ Vgl. Raghuram, Parvati (2007): Which Migration, What Development. Unsettling the Edifice of Migration and Development, in: Center on Migration, Citizenship and Development (Hg.) 28. Bielefeld. S. 103.

¹⁴ Vgl. de Haas, Hein (2012): The Migration and Development Pendulum. A Critical View on Research and Policy, in: International Migration 50 (3). S. 8.

¹⁵ Vgl. Faist, Thomas (2010): Migration, Development and Transnationalization. A Critical Stance, in: Critical Interventions. A Forum for Social Analysis 1. S. 41.

Heute, rund ein halbes Jahrhundert nach Beginn der Diskussionen auf staatspolitischer Ebene um Migration und „Entwicklung“ ist auffällig, wie wenig sich die Debatten verändert haben. Angesichts aktueller globaler Herausforderungen kann, um im Bild des „Pendels“ zu bleiben, von einer Verschiebung in Richtung Pessimismus gesprochen werden. Die Diskussionen konzentrieren sich dabei wieder einmal auf die Themen „Humankapital“, die Bedeutung der Migrant*innen als Entwicklungsakteur*innen, auf das ungebrochene Interesse an Rücküberweisungen und gegenwärtig auf Flucht und „freiwillige Rückkehr“. Ihnen liegen die politischen Annahmen zugrunde, dass erstens, Entwicklungspolitik nach wie vor in den Dienst der „Entwicklung“ von Gesellschaften des Globalen Südens zu stellen sei und zweitens, dass Migrationspolitik im Interesse des Globalen Nordens Migration steuern, begrenzen oder gar verhindern könne. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in schwieriger Verzahnung zweier Politikfelder wesentliche Handlungsbedarfe übersehen werden. Obwohl Migration – wohlgerne als einer von vielen Faktoren – für nachhaltige Entwicklungsprozesse positive Effekte haben kann, wird außer Acht gelassen, dass es nach wie vor darum gehen muss, politische und ökonomische Umstrukturierungen in Herkunfts-, aber vor allem in Zielgesellschaften voranzutreiben. Dass es darum gehen muss, die ökonomischen Annahmen von der Selbstwirksamkeit von Rücküberweisungen zu überdenken, die Instrumentalisierung von Migrant*innen zu verhindern und die Gesamtverantwortlichkeiten nicht zu Lasten von Migrant*innen zu individualisieren. Es muss um Solidarität, globale Gerechtigkeit und um die Frage gehen, welche Werte für eine *gute Gesellschaft* für bedeutend erachtet werden.

In einer sinnvollen Verzahnung von Migrations- und Entwicklungspolitik, wie sie in einer *migrationsorientierten* bzw. *migrationsgerechten* Entwicklungspolitik zum Ausdruck kommen kann, werden Bewegungs- und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen nicht begrenzt. Migration und bedachte Entwicklungspolitik – und das findet immer noch zu wenig Beachtung in den politischen Diskussionen – schließen sich nicht gegenseitig aus. In den politischen Debatten um Migration und „Entwicklung“ muss jenseits der Entweder-Oder-Kategorien ein ausdifferenziertes Bild von den Zusammenhängen beider Felder gezeichnet werden.¹⁶ In einer global vernetzten Welt sind Migrationsprozesse nicht notwendigerweise immer das Ergebnis von Armut. Migration - und das steht in den Gesellschaften des Globalen Nordens außer Frage - ist die Summe freier Entscheidungen und das muss im humanistisch-universellen Sinne für alle Menschen Geltung haben. Migration(en) sind als soziale Transformationsprozesse

¹⁶ Vgl. Ziai, Aram (2007): Migration als Chance für den Süden. Zum neoliberalen Entwicklungsdiskurs, in: WeltTrends 57 (15). S. 104.

zu verstehen, die nicht nur in den Herkunftsgesellschaften des Globalen Südens stattfinden, sondern ebenso als wesentliche Kraft für gesellschaftliche Veränderungen in den Zielgesellschaften des Globalen Nordens anzuerkennen sind – das hat die globale Geschichte der Migration nur allzu deutlich gemacht.

Für den notwendigen Bewusstseinswandel ist es daher unerlässlich zu verstehen, dass globale Veränderungen bereits in lokalen Kontexten beginnen. Denn die Wirklichkeit von globalen, sozialen Machtverhältnissen und die Tatsache, ein Teil der darin stetig stattfindenden Aushandlungsprozesse zu sein, verlangen es, eigene Privilegien und Positionen vor lokalen Kontexten immer wieder neu zu hinterfragen und zu verorten. In diesem Sinne lädt dieser Beitrag abschließend dazu ein, vor dem Hintergrund vorangegangener Überlegungen die Idee der Eine Welt-Arbeit in Deutschland im Sinne einer migrationsgerechten Entwicklungspolitik *gemeinsam* zu denken und zu gestalten.

Deutschland ein „Entwicklungsland“: Globale Kontexte und lokale Selbstverortung

Nach den vorangegangenen Überlegungen zu den Zusammenhängen zwischen Migration und „Entwicklung“ mit globalpolitischen Bezügen mag es als ein Bruch erscheinen, die entwicklungspolitische Inlandsarbeit in Deutschland in den Fokus nachfolgender Betrachtungen zu stellen. Dies kann aber durch die Einsicht begründet werden, dass Entwicklungspolitik stets auch Ausdruck globaler Verhältnisse und lokaler Selbstverortung ist. Denn angesichts ihrer Komplexität kann eine eindeutige Aufteilung von Entwicklungspolitik in In- und Auslandsarbeit nicht befriedigend sein.¹⁷

Vor diesem Hintergrund entstand in den 1990er Jahren im Zuge einer Ausstellung von Eine Welt-Landesnetzwerken die Idee vom „Entwicklungsland D“. Deutschland, so der Grundgedanke, sei selbst ein „Entwicklungsland“, das Strukturen und Verhältnisse im eigenen Land mit Bezug auf eine global gerechte Gesamtverantwortung und den

¹⁷ Vgl. agl-Jahresbericht (2016), Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (Hg.). Berlin. S. 7.

Nachhaltigkeitsgedanken neu zu überdenken habe. Niederschlag fanden diese und weitere Überlegungen zur Ausgestaltung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklungspolitik später in der „Initiative Inlandsarbeit“, die durch die agl, VENRO und die Stiftung Nord-Süd-Brücken getragen wurde.¹⁸ Die Initiative zielte darauf ab, politische Prozesse im Sinne nachhaltiger Entwicklungsstrategien im Inland auszugestalten und das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken. Zentrales Instrument der Initiative war dabei das Eine Welt-Promotor*innen-Programm.

Als bundesweites Programm trägt es seit 2013 in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit den globalen und lokalen Notwendigkeiten der Migrationsgesellschaft Rechnung, indem es die thematische wie auch strukturelle Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex „Migration, Diaspora und Entwicklung“ fördert. Zentrales Moment der aktuellen Debatten ist die Fragestellung, wie eine teilhabe- und diversitätsorientierte Eine Welt-Arbeit weiter ausgestaltet werden kann. Denn trotz begrüßenswerter *Entwicklungen* [sic] in Deutschland, steht die Frage im Raum, wie konsequent die Forderungen nach *Partizipation* und *Öffnung* von Eine Welt-Strukturen umgesetzt werden.¹⁹ Nach wie vor ist es nicht selbstverständlich, migrantische Perspektiven einzubinden, die längerfristige partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Migrant*innenselbstorganisationen voranzutreiben oder das Thema Migration als Querschnitt in die gesamte entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit einzubetten.

Zivilgesellschaftliche Organisationen – und dazu zählen eben auch in besonderem Maße Migrant*innenselbstorganisationen – haben eine wichtige Rolle im Streben für Veränderungen in vorherrschenden Strukturen der Eine Welt-Arbeit. Dazu zählt auch die Veränderung im Denken, die dazu führen muss, dass das „Entwicklungsland D“ den migrationsgesellschaftlichen Notwendigkeiten nach *Partizipation* Rechnung tragen muss. In der Migrationsgesellschaft Deutschland, die durch stetige Aushandlungsprozesse von Zugehörigkeiten, Identitäten und Teilhabechancen geprägt ist, ist zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit *und* ohne Migrationsgeschichte wesentliches Herzstück für eine zeitgemäße und gerechte Entwicklungspolitik.

¹⁸ Vgl. agl-Jahresbericht (2016), agl e.V. (Hg.). Berlin. S. 8.

¹⁹ Vgl. Rosen, Andreas (2016): Gleiche Ausgangsbedingungen sind das nicht. Erfahrungen und Ansatzpunkte für eine stärkere Förderung von migrantisch-diasporischen Organisationen in der Entwicklungspolitik, in: Berliner entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (Hg.): Bon voyage. Rassismuskritische Wege in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit. Berlin. S. 21.

Eine Welt der vielen Welten: Eine Welt-Arbeit in der Migrationsgesellschaft

Die Ausgangslage für eine migrationsgerechte Eine Welt-Arbeit bildet die Anerkennung, dass es diverse Formen menschlichen Zusammenlebens gibt und jedes Bedürfnis nach gesellschaftlicher Teilhabe, persönlicher Selbstverwirklichung und politischer Mitsprache auf den Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten seine globale Legitimation besitzt. Eine solche Eine Welt-Arbeit sollte vorhandene soziale Ressourcen in der Migrationsgesellschaft erkennen und die Neuaushandlung von Normen unter den Bedingungen erhöhter Diversität, Partizipation und intersektionaler Ansätze in allen Lebenslagen weiter vorantreiben.

Aus diesem Verständnis heraus sind entwicklungspolitische zivilgesellschaftliche Organisationen als *lernende Organisationen* zu verstehen, die inner- und intergesellschaftliche Ungleichheiten in den Blick nehmen und die Beseitigung struktureller Barrieren als globale Verantwortung begreifen. Dazu gehört es, Widersprüche aufzugreifen, diese zu kontextualisieren und Grundlagen für ein tieferes Verständnis von globalen Zusammenhängen und ein kohärentes politisches Handeln aufzuzeigen. In diesem Sinne sind nachfolgende Überlegungen als kaleidoskopartige Ausschnitte zu verstehen, die eine Momentaufnahme der gegenwärtigen Eine Welt-Arbeit abbilden. Ihre tiefergehende Auseinandersetzung dient letztlich nicht dem Zwecke, neue Gräben durch die Migrationsgesellschaft zu ziehen. Vielmehr ist das Aufzeigen und die Kontextualisierung von Widersprüchen als ein Lernprozess zu verstehen, gefestigte Überzeugungen, innere Haltungen und politische Ansichten zu dekonstruieren, zu verlernen und zu erneuern. Die nachfolgenden Betrachtungen beziehen sich dabei auf die Befunde ausgewählter empirischer Analysen zu den Fragen nach gleichberechtigter Teilhabe in der Entwicklungspolitik und der Eine Welt-Arbeit in der Migrationsgesellschaft.²⁰

²⁰ Vgl. agl-Positionen, Berichte, Materialien (2011): agl e.V. (Hg.): Der Prozess der interkulturellen Öffnung in den Eine Welt-Landesnetzwerken in Deutschland – Ein Erfahrungsbericht. Berlin, vgl. agl-Positionen, Berichte, Materialien (2011): agl e.V. (Hg.): Auswertung der ersten bundesweiten Umfrage unter entwicklungspolitisch aktiven MDO. Berlin, vgl. Schwertl, Maria (2015): Wissen, (Selbst)Management, (Re)territorialisierung. Drei Achsen des aktuellen Diskurses um Migration&Entwicklung und vgl. Stielike, Laura (2017): Entwicklung durch Migration? Eine postkoloniale Dispositivanalyse am Beispiel Kamerun-Deutschland. Bielefeld.

Zwischen Kolonialität und Dekolonisierung des Wissens

Koloniale Herrschaft und ihre Folgen finden mit der formalen Unabhängigkeit ehemals kolonisierter Gesellschaften keineswegs ihr Ende, sondern wirken in neuen Konstellationen bis in unsere heutige Zeit nach. Diese Einsicht eröffnet aus postkolonialer Sicht die Möglichkeit zu verstehen, dass der europäische Kolonialismus nicht nur auf territorialer Expansion und Ressourcenausbeutung im Globalen Süden gründete, sondern seine ihn begünstigenden Herrschafts- und Machtverhältnisse vor allem aus systematischer Unterdrückung vielfältiger und lokaler Wissensformen und durch die Verfestigung und (Re-)produktion kolonialen Wissens hervorgegangen sind. Diese bis heute immer noch anhaltenden (neo-)kolonialen Konstellationen von Wissen, Macht und Gewalt finden Ausdruck in der Bezeichnung der *Kolonialität des Wissens*.

Diese Kolonialität des Wissens drückt sich durch die Hierarchisierung vorhandener Wissensformen aus („gutes Wissen und schlechtes Wissen“) und begünstigt die Aufrechterhaltung ungleicher Machtverhältnisse. Sie geht einher mit der Herabsetzung der Bedeutung alternativer Wissensformen und vorhandener Kompetenzen des Globalen Südens und der Festsetzung eurozentristischer und universalistischer Formen von Wissen und Wissensproduktionen des Globalen Nordens als Norm. Dies zeigt sich nirgendwo besser als im entwicklungspolitischen Diskurs über Wissen und Nicht-Wissen von und über Migrant*innen und Migrant*innenselbstorganisationen, den es aus postkolonialer Perspektive neu zu lesen und zu kontextualisieren gilt.

Im Handlungsfeld der Eine Welt-Arbeit gibt es eine weit verbreitete Annahme, die in Bezug auf Migrant*innen zum Ausdruck bringt, dass es vornehmliches Ziel sei, Migrant*innen für die Entwicklungspolitik zu gewinnen. Denn Migrant*innen, so die weiterführende Logik dieser These, verfügten über „kulturelles Wissen“ und zeichneten sich durch „authentische“ Länder- oder Sprachkenntnisse als wichtige Akteur*innen der Entwicklungspolitik aus.²¹ Ihr vermeintlich fehlendes Wissen über Projekt- und Organisationsmanagement sei durch (Fach-)Wissen, das beispielweise durch nicht-migrantische entwicklungspolitische Organisationen in Methoden- und Kompetenztrainings vermittelt werden könne, zu beheben.²²

Betrachtet man diese Annahmen aus einem postkolonialen Blickwinkel, verdeutlichen sie, wie durch spezifische Formen von Wissen und Wissensproduktionen (neo-)koloniale

²¹ Vgl. Stielike (2017): Dispositivanalyse, S. 522.

²² Vgl. Schwertl (2015): (Selbst)Management, S.10.

Denkmuster und Praktiken des Ausschlusses reproduziert werden. Es wird nicht nur etabliertes und lange vorhandenes Wissen entwicklungspolitisch engagierter Migrant*innenselbstorganisationen selbst in Frage gestellt, sondern durch Kulturalisierungen werden sie an ihre Herkunftsgesellschaften rückgebunden und als nicht zugehörig konstruiert. Es werden wirkmächtige und scheinbar eindeutige Bilder von Zugehörigkeiten („Wir und Andere“), territoriale Verortungen („Hier und Dort“) und hierarchisierte Wissensdomänen („Norden und Süden“) generiert.²³

Migrationsgeschichten und -erfahrungen als wertvolles Wissen und soziales Kapital wertzuschätzen, postkoloniale Gegenbilder und -narrative zu entwerfen und Wissen als divers und dezentral zu begreifen, kann durch die *Dekolonisierung des Wissens* gelingen. Dekolonisierung des Wissens bedeutet Veränderungen im Denken mit anzustoßen, die Ungleichheitsverhältnisse nachhaltig verändern können und das Bewusstsein für die Existenz von Ungleichzeitigkeiten, Uneindeutigkeiten und für die Vielfalt von Wissens- und Lebensformen zu schaffen.

Zwischen Kulturalismus und Diversität

In der Annahme, „Kultur“ und „Identität“ seien sozial unveränderbare Größen und in der Ausgrenzung und Konstruktion „kulturell Anderer“ kommt zum Ausdruck, was als *Kulturalismus* bezeichnet werden kann. „Kultur“ tritt dabei zunehmend als ein Sprachversteck in Erscheinung, das wahrnehmbar den Begriff der „Rasse“ im öffentlichen Diskurs ablöst und als Rechtfertigung zur rassistischen Diskriminierung herangezogen wird. In unmittelbarem Bedeutungszusammenhang zu (Neo-)Kolonialismus ermöglicht Kulturalismus einer Mehrheitsgesellschaft, die ihre eigene Gruppe als Individuen mit unterschiedlichen Interessen und Motivationen inszeniert, konstruierte „Andere“ als durch ihre „Kultur“ und ihr gruppenspezifisches Verhalten bestimmt auszugrenzen.²⁴

Aus diesem Verständnis heraus gilt es ein Deutungsmuster in der Eine Welt-Arbeit zu thematisieren, welches sich mit der Frage nach „Identität“ und „Kultur“ in Bezug auf Migration und Diaspora beschäftigt. Darin kann zunehmend beobachtet werden, wie in einer kritischen Verschmelzung zweier Zuschreibungen („Migrant*innen gleich

²³ Vgl. Schwertl (2015): (Selbst)Management, S.12.

²⁴ Vgl. Osterloh: Kultur, in: Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster. S. 413.

Diaspora-Angehörige“) und der Assoziation von „Kultur“ mit Herkunftsgesellschaften Diskriminierungsverhältnisse aufgrund angenommener Herkunft aufgebaut werden. Auf problematische Weise werden durch Kulturalisierung innergesellschaftliche Machtverhältnisse zur Entstehung von Deutungsmacht („Wer bestimmt, wer ein*e Migrant*in ist?“) sowie die vielfältige Verwobenheit zwischen konstruierter Mehrheits- und Minderheitengesellschaft ausgeblendet. Die Sichtbarmachung von Nicht-Migrant*innen bleibt genauso wenig thematisiert, wie die Tatsache, dass durch die Zuschreibung „Migrant*in“ unterschiedlichste Subjektivierungen von *People of Color* untergraben werden. Auch wird übersehen, dass Diaspora jenseits ihrer nationalen Rückbindung vor allem als gelebte Form von Transnationalismus zu verstehen ist.

Mit dem postkolonialen Konzept der *hybriden Identität* entstand in den 1990er Jahren eine wirkmächtige Gegenstrategie, die das klassische Bild von „Identität“ und Kultur“ als homogenisierendes Moment in Frage stellt und „Kultur“ als einen Prozess des Aushandelns von Selbst- und Fremdzuschreibungen begreift. Aufbauend auf diesem Konzept können Selbstverortungen und Sprechorte konstruiert werden, die es erlauben, dass eine ganze Reihe neuer gesellschaftlicher Positionen entstehen. Hybridität rückt dabei „Kultur“ in einer Umwertung als Gradmesser für soziale Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse in den Fokus. „Kultur“ und ihre gewaltsame Deutungsmacht werden durch selbstbestimmte Identitäten, dem Bewusstsein ihrer verschiedenen Überschneidungen zu anderen transkulturellen Zugehörigkeiten und der Schaffung neuer produktiver Räume (*third space*) durchbrochen. Hybride Identität wird seither als performative Praxis zur Durchkreuzung des kolonialen Diskurses verstanden und ist ein wichtiger Schritt für die Anerkennung von Pluralität und Schaffung von „sicheren“ machtkritischen Räumen (*safer spaces*). Der Zustand der kulturellen Hybridität ist weniger eine Zielvorstellung, als vielmehr eine Realitätsbeschreibung vielfältigen menschlichen Zusammenlebens (Diversität), die durch *soziale Inklusion* und der Leitvorstellung von Partizipation eine „Welt der Vielen“ und die Koexistenz in der (Post-)Migration ermöglicht.

Zwischen Ausschluss und sozialer Inklusion

Institutionen können als gefrorene Normen verstanden werden, die mittels Macht und Performanz gesellschaftliche „Normalität“ herstellen. Wenn aus vorangegangenen Überlegungen die Einsicht resultiert, dass „Normalität“ gestaltet ist, dann ergibt sich daraus, dass auch Institutionen und „Normalität“ *gestaltbar* sind. Aus dieser und der Überzeugung heraus, dass Entwicklungspolitik eben auch bedeutet, nicht nur Konstellationen in Herkunftsgesellschaften, sondern auch (Macht-)Verhältnisse in Zielgesellschaften genauer in den Blick zu nehmen, gilt es nachfolgend die strukturellen

und institutionellen Ausgangsvoraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Eine Welt-Arbeit zu problematisieren. Ein Gradmesser zur Gestaltung und Beurteilung gesellschaftlicher Strukturen und Machtverhältnisse ist die Leitidee von *Partizipation*.

In der Eine Welt-Arbeit gilt es die Fragestellung zu thematisieren, die sich damit befasst, welche strukturellen und institutionellen Ausgangsbedingungen geschaffen werden müssen, um Migrant*innenselbstorganisationen gleichberechtigten Zugang zu personellen, materiellen und symbolischen Ressourcen zu ermöglichen. Aktuell können Tendenzen wahrgenommen werden, die durch fragwürdige Projektlogiken und Handlungsrationitäten neue Hierarchien und Grenzen zwischen Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit aufbauen.²⁵ Zwischen befristeten Projekten, prekären Arbeitskontexten und schrumpfenden Räumen der Selbstpositionierungen werden Machtverhältnisse geschaffen, die Ungleichheiten, Differenzen und Praktiken des Ausschlusses reproduzieren.²⁶ Statt der Chancen für Aushandlungen auf Basis eigener Perspektiven und alternativer Wissensformen entstehen machtvollere Räume, die über Sichtweisen, Sprachen und Positionierungen von Migrant*innen bestimmen. Einer „Öffnung“, die sich an der Zielvorstellung von Partizipation und dem Abbau von Barrieren durch *soziale Inklusion* orientiert, kann es gelingen genannte strukturelle und institutionelle Verfasstheiten zu verändern.

In einem allgemeinen Verständnis ist das Ziel von Partizipation eine nach eigenen Maßstäben ausgestaltete Mitwirkung an sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen einer Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei sind die beiden Bedeutungsebenen von *Teilnahme* und *Teilhabe* zentral. Während unter Teilnahme die Mitwirkung in Prozessen der Aushandlung und Entscheidungsfindung angesprochen sind, meint Teilhabe darüber hinaus die Nutzung verfügbarer Ressourcen und Möglichkeiten zur Realisierung individueller Lebensentwürfe. Damit eine partizipationsorientierte Eine Welt-Arbeit ihre Ziele zur gleichberechtigten Teilnahme und Teilhabe erreichen kann, ist es wichtig, dass alle Beteiligten gemeinsam auf den Abbau von Barrieren proaktiv hinwirken und zusammenarbeiten. Dies kann gelingen, wenn Partizipation als Zielvorstellung durch die Maßnahmen der *sozialen Inklusion* erreicht wird.

Soziale Inklusion hat jenseits des Bezuges auf den Aspekt der Barrierefreiheit für beeinträchtigte Menschen in einem erweiterten Verständnis das hohe Potential die Gerechtigkeit für gleiche soziale und politische Teilhabemöglichkeiten aller Menschen in

²⁵ Vgl. Schwertl (2015): (Selbst)Management, S. 5.

²⁶ Vgl. ebd. S. 6.

den Blick zu rücken. Aus dieser Sichtweise können verschiedene Orte des öffentlichen Lebens, der Institutionen und Strukturen zu Gegenständen der gerechtigkeitspolitischen Debatte werden. Dabei kann der Begriff der *sozialen Inklusion* diversitätssensibel grundsätzlich soziale und strukturelle Barrieren thematisieren und sich zum Ziel setzen, diese abzubauen. *Soziale Inklusion* kann die Aufmerksamkeit weg von der „Integrationsfähigkeit“ von Migrant*innen, hin auf die wesentliche Frage nach Transformationsfähigkeit von Institutionen, Strukturen und Organisationen richten.

Handlungsorientierungen: Impulse für die Praxis

Veränderungsprozesse erfordern Offenheit, die Geduld und das Engagement, dass alle angebrachten Herausforderungen und Schwierigkeiten in der Eine Welt-Arbeit gemeinsam zu bewältigen sind. Diese Prozesse benötigen eine fortdauernde Auseinandersetzung und das Verlernen vorhandener Sichtweisen und das Erlernen neuer gemeinsamer Werte und das Beschreiten neuer Wege. Sich für Entwicklungspolitik zu engagieren, ist keine Frage der Herkunft, sondern die einer *Haltung* und *neuer Visionen* für eine gerechte Eine Welt-Arbeit in der Migrationsgesellschaft. In diesem Sinne möchte das *working paper* abschließend mögliche Perspektiven für gemeinsame Wege und Handlungsorientierungen aufzeigen.

Wissen, Begriffe und Konzepte

Die Geschichte aus der Sicht der Migration zu erzählen und dabei ihre gesellschaftsbewegende Kraft und Dynamik nicht aus dem Auge zu verlieren, kann gelingen, indem vorhandene Wissensformen, Begriffe und Konzepte dekonstruiert und immer wieder neu hinterfragt werden.

Reflexionsfragen:

- ★ Was wird mit Globalem Süden bzw. dem Globalen Norden assoziiert?
- ★ Welches Wissen und welche Kompetenzen werden wem zugeschrieben?
- ★ Was bedeutet „Entwicklung“?

Handlungsorientierungen:

- ➡ „Probleme im Globalen Süden, Lösungskompetenzen im Globalen Norden“? Perspektiven umkehren und eingespielte Denkweisen in Frage stellen. Lösungskompetenzen und diverse Wissensformen im Globalen Süden sind ebenso vorhanden, wie die Tatsache, dass es auch im Globalen Norden „Probleme“ gibt (z.B. ungleiche Ausgangsbedingungen für die Teilhabe in der Migrationsgesellschaft). In der Praxis kann dies zum Ausdruck gebracht werden, indem Eine Welt-Organisationen in einer bewussten Entscheidung Menschen mit Migrationsgeschichte(n) als Referent*innen, Moderator*innen und Expert*innen aufgrund ihres fachlichen Wissens und nicht ihrer Herkunft für *weiß-deutsche* Veranstaltungen, Konferenzen und Tagungen sukzessive einbinden.

- Situiertes Wissen, ein umfassendes Verständnis über diskriminierende Strukturen und Kompetenzen zur Selbstverwirklichung trotz gesellschaftlicher Barrieren sind in hohem Maße unschätzbare Wissen und wertvolle Kompetenz. Dies verdeutlicht das *Cultural Community Wealth Concept*²⁷. *People of Color* verfügen demnach über wertvolle *Kapitalsorten*, wie die des *Widerstandskapitals* (Wissen und Fähigkeit, um Diskriminierung und Unterdrückung zu entgegnen) oder *Navigationskapital* (Fähigkeit, um erfolgreich durch soziale Institutionen mit Barrieren zu gelangen). In der Praxis ist es denkbar, dass bei Stellenbewerbungsverfahren oben genannte Kompetenzen ergänzend zu herkömmlichen Anforderungen als gleichwertige Qualifikationen bewertet werden. Dazu zählt, jenseits linearer Lebensläufe und formaler Abschlüsse, alternative Lebenswege, im Ausland erworbene Qualifikationen oder die Sets an transkulturellen und sozialen Fähigkeiten anzuerkennen. Dies kann z.B. durch die gemeinsame Entwicklung alternativer Bewerber*innenkriterien oder einem gemeinsam vereinbarten gerechten Punkte-/Bewertungssystem einhergehen.
- Das Konzept der „Entwicklung“ zu hinterfragen, heißt auch, das koloniale Erbe in den Köpfen zu hinterfragen. Dies schließt mit ein, die Denkmuster von „Helfer*innen und Geber*innen“ genauso in Frage zu stellen, wie die Annahme, dass „Entwicklung“ stets mit Wachstum oder mit Armutsbekämpfung zu tun hat. „Entwicklung“ bedeutet, jenseits von ökonomischen Dimensionen auch die Überschneidungen zu intersektionalen und transkulturellen Aspekten zu erkennen sowie die Fragen nach globaler und innergesellschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität zu stellen. Im praktischen Übertrag bietet sich an, das Konzept von *Post-Development*²⁸ ergänzend als Analysekategorie hinzuziehen. „Entwicklung“ ist demnach nicht als zu lösendes Problem oder Ereignis anderswo, sondern als globale Struktur und als ein immer noch Ungleichheiten herstellender Prozess zu verstehen.

Selbstbezeichnung und Selbstbestimmung

Entgegen kollektivierender Benennungspraxis rücken in der Eine Welt-Arbeit der Migrationsgesellschaft Vielfalt und Heterogenität von vielschichtigen und unterschiedlichsten Lebensrealitäten von Menschen in den Mittelpunkt. Dies ist ebenso mit der Vorstellung verbunden, dass Ressourcen und Potentiale jedes einzelnen der Ausgangs- und Mittelpunkt für individuelle und gesellschaftliche Veränderungen darstellen und Selbstbenennungspraxis, Mehrfachzugehörigkeiten und bewegte Biographien den Normalfall abbilden.

²⁷ Vgl. Nguyen, Toan (2014): Diversitätsbewusstsein. Eine pädagogisch-politische Haltung. Unterstützen und Stärken von marginalisierten Schüler_innen, in: Deutsches Rotes Kreuz (Hg.): Reader Schulsozialarbeit. Hintergründe und Empfehlungen zu Querschnittsthemen eines komplexen Handlungsfeldes 2. Berlin. S. 38

²⁸ Vgl. Ziai, Aram (2012): Post-Development. Empirische Befunde, in: Journal für Entwicklungspolitik 28 (4). S. 5

Reflexionsfragen:

- ★ Wer ist ein*e „Migrant*in“ oder ein*e „Nicht-Migrant*in“?
- ★ Was sind *safer spaces*?

Handlungsorientierungen:

- ➔ Strategien gegen Benennungspraxis von außen zu entwickeln und Selbstbezeichnungen selbstbestimmt zu wählen, sind Formen postkoloniale Verortungspraxis zu durchbrechen. In der entwicklungspolitischen Praxis ist daher weniger die Frage „Woher kommst du?“ relevant, als vielmehr die Akzeptanz diverser Bezeichnungen, wie *People of Color*, *People of African Descent*, *Schwarze Deutsche* oder auch *Migrant*in*. Selbstbezeichnung ist Selbstbestimmung. Im Zweifel kann die Frage danach, wie jemand selbst bezeichnet werden möchte vielleicht die am wenigsten machtvollste Frage sein.
- ➔ Die aus der Hybriditätsdebatte wichtigen Erkenntnisse für Emanzipationsprozesse zu den Überlegungen zu *third space* können dazu anregen, dass in der Eine Welt-Arbeit die Methode und das Konzept von *safer spaces*²⁹ zum Einsatz kommen kann. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es *keine machtfreien Räume* gibt, können „geschützte Räume“ als Methode realisiert werden, um offene Diskussionen und Aussprache zu ermöglichen. Die Methode erlaubt es einer Gruppe ausgehend von gemeinsamen Erfahrungen (z.B. Geschlechterdiskriminierung oder Rassismuserfahrung) über ausgehandelte Themen offen zu diskutieren, ohne erst diejenigen sensibilisieren zu müssen, die nicht von Diskriminierungen betroffen sind. Diese Methode erfordert die Offenheit und das Verständnis aller Beteiligten einer Gruppe.

Diversität und soziale Inklusion

Eine diversitätsorientierte Öffnung ist als ein ganzheitlicher Veränderungsprozess zu verstehen, der auf den unterschiedlichen Ebenen der Personal-, Organisations- und Qualitätsentwicklung stattfindet. Sie ist ein langfristiger, nachhaltiger und vor allem evaluierbarer Prozess, der kritische Diversitätskonzepte und soziale Inklusion zusammendenkt und Zugangs- und Teilhabemöglichkeiten aller Menschen an allen Ressourcen zum Ziel hat. Dabei wird soziale Inklusion in einem erweiterten Verständnis nicht nur auf die Dimension Behinderung beschränkt, sondern als ein für alle geltendes Recht verstanden, das darauf abzielt, strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die benachteiligte Ausgangslagen ausgleichen.

²⁹ Vgl. Golly, Nadine/Digoh, Laura/Bendler, Ilinda (2016): Safer spaces. Zur strategischen Gestaltung von empowernden Arbeitskontexten für Bildungsarbeitende of Color, in: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (Hg.): Bon voyage. Rassismuskritische Wege in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit. Berlin. S. 66.

Reflexionsfragen:

- ★ Welche Maßnahmen können auf individueller Ebene greifen?
- ★ Wie kann eine „Öffnung“ auf organisationaler Ebene gelingen?
- ★ Welche Veränderungen müssen auf struktureller Ebene passieren?

Handlungsorientierungen:

- ➔ Durch kontinuierliche Trainings und Fortbildungen kann es gelingen, eigene Haltungen und Positionen kritisch zu reflektieren und in mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen die Qualifizierung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden zu Themen wie Rassismus, De- und Postkolonialismus, Anti-Bias oder Diversity voranzutreiben. Denkbar ist es, gemeinsam sich als Team zu bestimmten Fortbildungsthemen zu verständigen, Zwischenergebnisse festzuhalten, aber auch die Fortschritte gemeinsam zu würdigen. Je nach Gruppenzusammensetzung (Welche Vorkenntnisse, Erfahrungen und Sensibilität gibt es bereits?) können in Abstimmung mit externen Referent*innen zusammenhängende Einstiegs-, Aufbau- und Vertiefungsmodule, z.B. zu Antirassismus oder Empowerment, geplant und durchgeführt werden. Erste Zugänge bietet z.B. die Expert*innen-Datenbank vielfaltfinder.de.

- ➔ Auf interpersoneller Ebene kann eine „Öffnung“ realisiert werden, indem bewusst Schlüsselpositionen in Organisationen mit Menschen mit Migrationsgeschichte und -erfahrung besetzt werden. Angelehnt an das *Cultural Community Wealth Concept* können diversitätssensible Stellenauswahlverfahren gemeinsam entwickelt werden. Eine praktische Empfehlung für die Umsetzung von Diversität ist die folgende Standardformulierung für Stellenausschreibungen:

"Wir freuen uns über jede Bewerbung und streben ein diskriminierungsfreies Auswahlverfahren an. Wir ermutigen Frauen, People of Color, Diaspora-Angehörige sowie Menschen mit Migrationsgeschichte zur Bewerbung. Menschen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt."

- ➔ Auf struktureller Ebene können „Öffnungsprozesse“ flankiert werden durch die Schaffung migrationsgerechter Strukturprogramme. Sie können auf selbstbestimmte Bedarfe und Zwecke von MSO orientiert sein, sie können in *leichter Sprache* Zugangsbarrieren abbauen oder ermöglichen durch Projekte, die für länger als 3 Jahre ausgelegt sind, Entwicklungspolitik langfristig und nachhaltig zu denken. Statt herkömmlicher Bedarfsanalysen müssen Strukturprogramme dafür ausgerichtet sein, die Zielgruppe als Subjekte zu begreifen und ihr den Raum zu geben eigene Bedürfnisse und Prioritäten auszuloten.

Die Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland

DEAB - Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.
Fon: 0711/66 48 73 60
info@deab.de
www.deab.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
Fon: 089/35 04 07 96
info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

BER - Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.
Fon: 030/42 85 15 87
info@eineweltstadt.berlin
www.eineweltstadt.berlin

VENROB - Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.
Fon: 0331/70 489 66
info@venrob.org
www.venrob.org

BeN - Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V.
Fon: 0421/69 53 14 23
info@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de

EPN - Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.
Fon: 069/91 39 51 70
info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Fon: 0381/20 37 38 46
info@eine-welt-mv.de
www.eine-welt-mv.de

VEN - Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.
Fon: 0511/39 16 50
info@ven-nds.de
www.ven-nds.de

Eine Welt Netz NRW e.V.
Fon: 0251/28 46 69-0
info@eine-welt-netz-nrw.de
www.Eine-Welt-Netz-NRW.de

ELAN - Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.
Fon: 06131/97 208 67
info@elan-rlp.de
www.elan-rlp.de

NES - Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.
Fon: 0681/938 52-35
info@nes-web.de
www.nes-web.de

ENS - Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsens e.V.
Fon: 0351/49 233 64
kontakt@einewelt-sachsen.de
www.einewelt-sachsen.de

ENSA – Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.
Fon: 0340/23 011 22
ewnsa@web.de
www.ewnsa.de

BEI - Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Fon: 0431/67 93 99-00
info@bei-sh.org
www.bei-sh.org

EWNT - Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
Fon: 03641/22 499 50
buero@ewnt.de
www.ewnt.de

Über die agl

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Dachverband der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht.

Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt- Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern.

Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerke sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Gruppen und Vereine. Die agl ist Mitglied im Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe e.V. (VENRO).

